



Presse-Info

BÜRO DES BUNDESVORSITZENDEN

Kontakt: Kirsten B. Schröter
Deutscher Hausärzteverband e. V.
Gesundheitspolitik und Kommunikation
Bleibtreustraße 24, 10707 Berlin

Telefon: 030 88714373-35
pressestelle@hausarztverband.de

Delegiertenkonferenz des Deutschen Hausärzteverbandes: Bessere Rahmenbedingungen für die Allgemeinmedizin gefordert

Wolfsburg / Berlin, 21.04.2013. – Auf ihrer Frühjahrstagung in Wolfsburg haben die Delegierten des Deutschen Hausärzteverbandes im Bundestagswahljahr 2013 Politiker aller Parteien dazu aufgefordert, sich zum Ausbau einer flächendeckenden Hausarztzentrierten Versorgung zu bekennen. Der Reform des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM) in der momentan von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) vorliegenden Form erteilten sie eine klare Absage.

„Wir können dem derzeitigen Sachstand zum EBM nicht zustimmen“, sagte Ulrich Weigeldt, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärzteverbandes. „Das heißt nicht, dass wir jegliche weitere Zusammenarbeit einstellen und nicht mehr konstruktiv mitarbeiten werden.“ Die Delegiertenversammlung forderte die Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung auf, die Trennung der Honorarkontingente für die hausärztliche und fachärztliche Versorgung zu fixieren und getrennt weiterzuentwickeln. Zuvor sei es unabdingbar, die zu Unrecht aus dem hausärztlichen Honorarkontingent für die Stützung psychotherapeutischer und fachärztlicher Leistungen des O III-Labors verwendeten Gelder zurückzuführen.

Dabei erhalten die Hausärzte in KV- und KBV-Funktionen die volle Unterstützung der Delegiertenversammlung. „Bei allen intensiven Diskussionen über Vergütungsfragen besteht große Einigkeit über die Zielsetzung, nämlich die Existenzsicherung der hausärztlichen Praxen und damit der Versorgungssicherheit für unsere Patienten“, sagte Weigeldt.

Bessere Bedingungen für den Nachwuchs diskutiert

Breiten Raum nahmen während der Delegiertenversammlung die Themen Nachwuchsmangel und Anreizsysteme für den Beruf des Hausarztes ein, da die Gewinnung hausärztlichen Nachwuchses angesichts der demografischen Entwicklung eine vorrangige Aufgabe ist. Weigeldt sagte, dass der Verband mit der Errichtung von Instituten um die universitäre Präsenz der Allgemeinmedizin kämpfe. „Wir sollten daran denken, dass jede Praxis für Famulanten oder Ärzte im Praktischen Jahr auch eine Botschafterfunktion hat.“

Um dem Nachwuchsmangel entgegenzutreten, sprachen sich die Delegierten auch für die Einführung einer monatlichen Förderung auf Länderebene für Studierende aus, die sich im Praktischen Jahr (PJ) für das Wahlfach Allgemeinmedizin entschieden haben.

Geschlossen forderte der Verband, bei der Gestaltung des Präventionsgesetzes qua Gesetz repräsentiert zu werden, da den Hausärzten in Deutschland eine tragende Rolle im Bereich der Prävention zukomme. Zudem soll eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, die Versichertenteilnahme an Selektivverträgen auf der Krankenversicherungskarte kenntlich zu machen.

Um die Wirtschaftlichkeit aller Selektivverträge und deren Auswirkung auf die Versorgung zu messen, soll laut Delegiertenbeschluss eine gesetzliche Regelung für die Finanzierung der Evaluation zu Lasten des Gesundheitsfonds gefunden werden. Besonderes Augenmerk wird

der Verband dabei künftig auf die Auswirkungen der Regelungen zur Ambulanten Spezialfachärztlichen Versorgung auf die ambulante hausärztliche Versorgung richten.